

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 56 (1962)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : die Kubakrise ; Es geht um Lateinamerika ; Die gedemütigte Sowjetunion ; Was weiter? ; De Gaulle im Abstieg ; China gegen Indien

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140713>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

eine harmonische Gesellschaft, welche mittels ihrer gerechten Gesetze die Freiheit aller Mitglieder möglich macht. Für eine derartige Gesellschaft gelten die Worte Friedrich Schillers:

«Des Gesetzes strenge Fessel bindet
Nur den Sklavensinn, der es verschmäht.»

Resümierend meinen wir feststellen zu können: *Welche* Gesetze für die Möglichkeit eines freien Menschen und einer freien Gesellschaft unentbehrlich sind, ob dazu zum Beispiel eine gewisse Beschränkung der Pressefreiheit gehört, darüber können die Meinungen auseinander gehen. Darüber gehen der Westen und der Osten auseinander. *Daß* aber Gesetze für die Freiheit der Gesellschaft notwendig sind, daran darf niemand zweifeln.

J. L. Snethlage

WELTRUND SCHAU

Die Kubakrise Alle anderen Ereignisse auf dem weltpolitischen Schauplatz sind in der Berichtszeit natürlich überschattet worden durch die unerwartet rasche Zuspitzung der Kubakrise. In unserer letzten Weltrundschau hatten wir zwar bereits von einem für die nahe Zukunft drohenden *Zusammenstoß der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion* wegen der Kubafrage gesprochen; aber das Oktoberheft der «Neuen Wege» war noch nicht einmal in den Händen der Leser, als Präsident Kennedy bereits in jähem Entschluß die Waffensperre über Kuba verhängte und «weitere Maßnahmen» androhte, falls die Sowjetunion nicht schleunigst ihren im Bau begriffenen Raketenstützpunkt auf Kuba schleife, der nur als Vorbereitung eines Angriffs auf die Vereinigten Staaten angesehen werden könne. Ich zögere auch jetzt nicht, wie ich es gleich nach seiner Ankündigung anderwärts getan habe¹, diesen Entschluß Kennedys als unverantwortliche Gefährdung des Friedens und seine Begründung als zynische Unwahrheit ersten Ranges zu bezeichnen. So wie es im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen aussieht, besteht zwar begründete Hoffnung, daß infolge der Kapitulation der Sowjetregierung vor der amerikanischen Drohung die Krise vorläufig überwunden bleibt. Aber es ist dennoch nötig, sich rück- und vorschauend so gewissenhaft wie möglich von den Ursachen und Hintergründen der aufwühlenden Ereignisse um Kuba Rechnung zu geben.

Und da ist zuerst festzuhalten: Die Sowjetunion hatte nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich auch militärisch hinter das unmit-

¹ Vgl. «Zeitdienst», 27. Oktober.

telbar bedrohte revolutionäre Kuba zu stellen. Schon einmal war Kuba mit Wissen und Willen der Regierung Kennedy von den Vereinigten Staaten aus angegriffen worden. Die Niederlage, die diesem Unternehmen beschieden war, stachelte aber die Amerikaner erst recht auf, mit militärischer Gewalt dem verhaßten Regime Castro ein Ende zu machen, und die Kriegspropaganda hatte in den letzten Monaten – nicht am wenigsten im Blick auf die Herbstwahlen in den USA – einen derart gefährlichen Grad von Hysterie angenommen, daß Kennedy selbst wiederholt vor einem neuen Angriff auf Kuba warnen zu müssen glaubte. Die Sowjetunion anderseits rüstete Kuba auf dessen Befehren in einem gewissen Maß mit Waffen zur Abwehr des drohenden Angriffs aus, und Kennedy selber schien zuerst Verständnis dafür zu haben, daß die Sowjetunion bei ihrer Ehre und ihrem Ansehen in der Welt der unterentwickelten, nach Brot und Freiheit hungernden Völker moralisch verpflichtet war, Kuba in der Stunde seiner Gefahr beizustehen. Zwar war auch er offenbar entschlossen, das «Revolutionarnest» Kuba auszuheben und die Ausbreitung der Umsturzbewegung auf das übrige Lateinamerika mit allen zweckdienlichen Mitteln zu verhindern. Aber er beschränkte sich vorläufig darauf, Kuba politisch und wirtschaftlich einzukreisen in der Hoffnung, das Regime Castro werde auch so früher oder später zusammenbrechen.

Plötzlich «entdeckte» jedoch sein Spionagedienst, daß die an Kuba gelieferten Waffen, vor allem die atomaren Ferngeschosse, die dort aufgestellt wurden, zum Angriff auf die Vereinigten Staaten dienten. Und Kennedy ließ sich nur zu leicht von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugen. Den Beweis für die Angriffsabsichten der Sowjetunion blieb er freilich bis zum heutigen Tag schuldig. Denn die bloße Tatsache von Ferngeschossen, die Kuba bekommen hatte, genügt natürlich nicht, um die Angriffsabsichten der Sowjetunion glaubhaft zu machen, so ungeheuren Lärm auch die amerikanische Propaganda von diesen «Offensivwaffen» machte. Sonst müßte man ja auf der ganzen Welt den Schluß ziehen, daß auch die Dutzende von Raketenstützpunkten, die die Vereinigten Staaten um die Sowjetunion herum und zum Teil unmittelbar an ihren Grenzen, wie in der Türkei, in Persien und Pakistan, aufgebaut haben, zum Angriff bestimmt seien. Ja, auf Kuba selbst haben die USA bekanntlich einen mächtigen Militär- und Flottenstützpunkt – Guantánamo –, der höchst wahrscheinlich auch mit Ferngeschossen oder anderen Kernwaffen ausgestattet ist! Warum alle diese amerikanischen Stützpunkte «selbstverständlich» nur der Verteidigung dienen sollen, der eine sowjetische Stützpunkt aber, der auf Kuba im Aufbau begriffen war, nur habe dem Angriff dienen können, das ist bei sachlicher Überlegung schlechterdings unerfindlich.

Nun erklären uns die Sprecher der Vereinigten Staaten freilich: Ja, *unsere* ganze Weltpolitik ist eben grundsätzlich auf Sicherheit und Frieden ausgerichtet, die der Sowjetunion aber auf Krieg und Erober-

rung. Und die Parteigänger Amerikas wiederholen das unermüdlich. So auch die «Neue Zürcher Zeitung», die uns (in Nr. 4095) wieder einmal belehrt: «Die Sowjetunion vertritt den Gedanken der Weltrevolution, des Sturzes ihr nicht genehmer Ordnungen, und hat ihre aggressiven Absichten gerade durch ihr Vorgehen in Kuba vor aller Welt bewiesen. Sie versucht, den *Status quo* umzustürzen.» Als ob nicht die ganze Politik der Vereinigten Staaten und des Westblocks überhaupt, nicht zuletzt Westdeutschlands, darauf gerichtet wäre, den *Status quo*, die durch den Zweiten Weltkrieg und seine Ausläufer geschaffene Machtverteilung, umzustürzen und die den Weststaaten «nicht genehmen Ordnungen» zu beseitigen! Man denke an die ost-europäischen Volksrepubliken, an die neuen Grenzen der Sowjetunion, an China, Nordkorea, Nordvietnam, auch an Laos, dann an Guatemala, Britisch-Guayana und natürlich an Kuba selbst. Seit 1910 in Mexiko die Revolutionierung der sozialen und politischen Ordnungen in Mittelamerika begann, seit 1917 die Sowjetunion ins Dasein trat – immer suchte die alte, kapitalistische Welt, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, die aufsteigende neue, sozialistische und kommunistische Welt zu zerstören und die Gegenrevolution zum Siege zu führen. Es gehört wahrlich eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, um die USA als bloße Beschützer bestehender Ordnungen auszugeben und damit ihre Raketenstützpunkte als der Verteidigung des *Status quo* dienend rechtfertigen zu wollen!

Es geht um Lateinamerika

Daß die Sowjetunion ausgerechnet Kuba brauche, um einen Angriff auf die Vereinigten Staaten eröffnen zu können, ist sowieso eine schwer zu vollziehende Vorstellung, auch wenn das Gebiet der USA von Kuba aus mit Raketenwaffen leichter zu erreichen ist als von der Sowjetunion aus. In Moskau hätte man so wirksame Ferngeschosse zur Verfügung, wenn man einen atomaren Gewaltschlag gegen Amerika und seine Verbündeten führen wollte, daß der auf Kuba zu errichtende Stützpunkt daneben gar keine maßgebende Rolle spielen könnte. Dies um so mehr, als eine einzige starke Wasserstoffbombe der USA im Fall eines sowjetischen Angriffs genügen würde, um die ganze kubanische Insel in die Luft zu sprengen. Ganz bestimmt hat man in Washington auch keine Angst vor einer ernsthaften «Störung des atomaren Gleichgewichts» durch kubanisch-sowjetische Raketen, wie das glauben gemacht werden wollte. Es handelte sich höchstens um eine kaum fühlbare Verringerung des großen amerikanischen *Übergewichts* an Kernwaffen, das vielleicht durch die Errichtung eines sowjetischen Stützpunktes auf Kuba eingetreten wäre.

Aber entscheidend war auch das für Kennedy und seine Ratgeber nicht. Entscheidend war die Erwägung, daß sich Kuba mit Ferngeschossen hätte wirksamer gegen einen *nordamerikanischen* Angriff verteidigen, ihn vielleicht sogar hätte überhaupt verhindern können,

während es sonst der gewaltigen militärischen Übermacht der Vereinigten Staaten fast wehrlos ausgeliefert gewesen wäre. I. F. Stone, der klarblickende amerikanische Journalist, schreibt darum vollkommen treffend in seinem «Weekly» (Washington, 29. 10.):

«Der Waffentyp, den wir als verteidigungsmäßig betrachten . . . ist die Art Waffen, die nur gegen einen Einfall geringen Ausmaßes von Seiten kubanischer Flüchtlinge eingesetzt werden könnten, so wie er im April 1961 ins Werk gesetzt wurde. Die Waffen, die wir jetzt verpönen – Ferngeschosse, MIGs, Ilyushin-Bomber –, sind die Art Waffen, mit denen die Kubaner, wenn auch nur eine kleine Weile, einen amerikanischen Angriff abzuschlagen hoffen konnten. In diesem Sinne sind sie zur Verteidigung bestimmt, und in diesem Sinne verlangen wir von den Kubanern, sie sollten auf die einzige Art Waffen verzichten, die groß genug wären, um es mit einem amerikanischen Angriff aufzunehmen . . . Alles, was die Kubaner von ein paar Kernwaffen erhoffen könnten – wenn sie solche hätten –, wäre, einen amerikanischen Angriff durch Drohung mit Vergeltung abzuschrecken. Die Drohung hätte nicht viel zu bedeuten, da wir die ganze Insel – und ihre Stützpunkte – mit einem einzigen Schlag kampfunfähig machen könnten. Aber ganz objektiv gesprochen: Ist das nicht die Lehre von der Abschreckung (durch Kernwaffendrohung), die wir volkstümlich machten?»

So ist es tatsächlich. Die Regierung der Vereinigten Staaten wollte freie Hand haben, um ohne Einsatz eigener Atomwaffen Kuba militärisch erledigen zu können. Das war aber nur zu erreichen, wenn sich Kuba nicht mit Ferngeschossen einigermaßen wirksam verteidigen konnte. Gerade das mußte also um jeden Preis verunmöglich werden. Die soziale Revolution auf Kuba *durfte* nicht länger geduldet werden; die «wildgewordene Zuckerrepublik» (Ausdruck der «Neuen Zürcher Zeitung») mußte für die Vereinigten Staaten unschädlich gemacht werden, nicht allein um Kubas selbst willen, sondern noch viel mehr um des übrigen Lateinamerikas willen, das im Bannkreis des nordamerikanischen Kapitalismus und Imperialismus gehalten werden mußte. Weil man das aber nicht so offen sagen durfte, erfand man in Washington das Märchen von den sowjetischen Angriffsракетen. Die «Blätter für deutsche und internationale Politik» (Köln) schrieben darum noch vor der letzten Zuspitzung des Kampfes um Kuba ganz richtig: «Mit der Revolution auf Kuba hat unter großen Opfern und Nöten die nationale und soziale Emanzipation Lateinamerikas von der Herrschaft des amerikanischen Kapitals, das heißt von der amerikanischen Spielart des Kolonialkapitalismus, begonnen. Das ist die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Revolution. „Bedroht“ werden von ihr nicht die USA selbst, sondern deren kapitalistische Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika. Die aggressiven Kräfte in den USA machen daraus und aus der Selbstbehauptung des sozialrevolutionären Kuba eine militärische oder subversive Gefährdung der Vereinigten Staaten

selbst und einen Angriff auf die ‚Freiheit‘ Südamerikas (man frage einmal die Millionen Hungernder, was sie von dieser ‚Freiheit zum Hunger und zur Krankheit‘ halten).»

Instinktsicher hat die kapitalistische Oberklasse in den Vereinigten Staaten von Anbeginn an der kubanischen Revolution den Tod geschworen. Seit dem kläglichen Scheitern des ersten militärischen Einbruchsversuches war ihr Bestreben vor allem auf die *wirtschaftliche* Erdrosselung Kubas gerichtet, und sie hat dabei auch erhebliche Erfolge erzielt. Aber das neue Regime blieb dennoch am Leben, namentlich auch dank der Hilfe, die es aus den Ländern des kommunistischen Ostens bekam. Und das eben – die *wirtschaftliche* Stützung Kubas, nicht die Aufstellung von Ferngeschossen auf der Insel – war das große Verbrechen der Sowjetunion, das der «freien» Welt als kommunistischer Eroberungsversuch hingestellt und vereitelt werden mußte. Wie sehr es dabei den Vereinigten Staaten auf die Sicherung Lateinamerikas als Ausbeutungsfeld ankam, zeigt auch ein Bericht in «U. S. News & World Report» vom 15. Oktober, dessen Verfasser der Washingtoner Regierung klarmachen will, daß die Vereinigten Staaten ganz Mittel- und Südamerika zu verlieren Gefahr liefen, wenn sie sich nicht endlich zu einem Schlag gegen Kuba aufräfften. «Man findet heute», so sagt er, «schwerlich ein Land in Lateinamerika, das nicht für die Castro-kommunistische Tätigkeit verwundbar wäre... Über ganz Lateinamerika hin findet man die gleiche Geschichte: eine Abkehr von den Vereinigten Staaten, weil sie schwach erscheinen, eine Hinwendung zur Neutralität, weil Rußland stark aussieht. Es kann für die USA bald zu spät sein, den Lauf der Dinge umzukehren!»

Die gedemütigte Sowjetunion Gerade weil diese Stimmung mehr und mehr die ganzen Vereinigten Staaten erfaßte und in einen eigentlichen Alarmzustand versetzte, war die Lieferung von Atomwaffen an Kuba ein so schwerer Fehler der Sowjetunion. Sie hatte gewiß – nach der weltläufigen militärischen Denkweise – das volle Recht, *auch* einen Raketenstützpunkt außerhalb ihres engeren Einflußbereiches zu errichten, wie Amerika es für sich in viel umfassenderem Maße beansprucht. Aber die Frage war, ob sie dieses Recht auch ausnützen durfte. Oder nein – es war bei der Kubahysterie, die in Amerika wütete, keine Frage, daß sie es in dieser Lage *nicht* ausnützen durfte. Das ist keine Weisheit von hinten her, sondern war uns und vielen anderen von vornherein klar. Darum die Sorge, die wir in der Oktober-Rundschau äußerten, daß die Sowjetunion doch hoffentlich Verantwortungsgefühl genug besitze, um eine Verschärfung des Konflikts zu vermeiden. Und darum, noch unter dem ersten Eindruck von Kennedys Drohrede, unsere Schlußfolgerung (in dem zu Anfang erwähnten Artikel des ZD): «Der Verzicht auf die Ausstattung Kubas mit Atomwaffen drängt sich für

die Sowjetunion unbedingt auf, auch wenn dann Amerika einen billigen Triumph feiern könnte.»

Die Moskauer Regierung hat sich die Demütigung, die sie nun erlitten hat, zum großen Teil selbst zuzuschreiben; das muß man wohl oder übel festhalten, auch wenn man nicht der Meinung des Londoner «New Statesman» ist, der (in der Nummer vom 24. Oktober) findet, die Russen hätten sich gegenüber den USA «einer Herausforderung schuldig gemacht, die seit dem Beginn des Kalten Krieges beispiellos dasteht». Das ist höchst ungerecht übertrieben, besonders da die Eröffnung des Kalten Krieges selber durch Amerika (gleich nach Roosevelts Tod) und seine ganze Führung durch die Regierungen Trumans, Eisenhowers und Kennedys eine einzige, fortgesetzte Herausforderung gegenüber der Sowjetunion ist. Eine unverzeihliche Herausforderung war auf jeden Fall die Verhängung der Verkehrssperre über Kuba unter eindeutiger Mißachtung des Völkerrechts durch die Regierung der USA, die früher (so noch unter Wilson im Ersten Weltkrieg) die «Freiheit der Meere» zu einem politischen Glaubensartikel ersten Ranges erhoben hatte. Nicht einmal ihre eigenen Verbündeten unterrichteten die USA von ihrem Entschluß, so vordringlich war ihr Bedürfnis, die Welt glauben zu machen, daß Amerika in höchster Lebensgefahr sei! Präsident Truman, der den Koreakrieg ähnlich überstürzt und eigenmächtig erklärte, hat in Kennedy wirklich einen würdigen Nachfolger gefunden. Aber so leichtfertig darf man sich eben doch nicht über das Recht hinwegsetzen, wie es die Vereinigten Staaten getan haben und wie es ihnen – natürlich – auch die «Neue Zürcher Zeitung» nachsah, die von «völkerrechtlichen Finessen» und von einem «jenseits des Völkerrechts liegenden Raum der Sicherheit einer Großmacht» redete, die sich bedroht fühle. Da stimmen wir viel mehr der Neuyorker «Monthly Review» zu, die schon unter dem 12. September, während sich der Schlag gegen Kuba erst abzeichnete, schrieb: «Wir wollen nichts mehr von den Vereinigten Staaten als der Verkörperung internationaler Gesetzlichkeit hören, als dem Verteidiger der Freiheit, dem Vorkämpfer von Tugend und Sittlichkeit... Auf der ganzen Welt, innerhalb wie außerhalb der US, erwachen die Menschen zur Erkenntnis der wirklichen Haltung der Vereinigten Staaten in internationalen Angelegenheiten.»

Wie dem aber auch sei – der amerikanische Gewaltstreich ist vorerst gelungen. Die Aufmachung der Bewaffnung Kubas als eines heimtückischen russischen Anschlags auf Sicherheit und Leben Amerikas, ja der ganzen «freien» Welt, hat ihren Zweck erfüllt: eine Panik zu erzeugen, die es ermöglichen würde, entweder der Sowjetunion einen demütigenden Rückzug aufzuzwingen oder aber, falls Moskau nicht zurückweichen sollte, einen Blitzkrieg gegen Kuba zu eröffnen, der – vermeintlich – die «Gefahr» einer Ausbreitung der Revolution auf weitere lateinamerikanische Länder aus der Welt schaffen würde.

Präsident Kennedy selber ist nach anfänglichem Zögern dem letzten Ansturm der Militärführer und seines Spionagedienstes doch noch erlegen, nachdem er schon längst unter starker Druck der Scharfmacher aus Wirtschaft und Politik gestanden hatte. Und fast in der ganzen westlichen Welt, wie vor allem in Amerika selbst, genießt man mit unverhohlenen Triumphgefühlen die Niederlage, die die Washingtoner Regierung dank ihrer «unerschütterlichen Festigkeit» der Moskauer «Politik der Weltbeherrschung» (so sagte es Kennedy am 22. Oktober) bereitet habe. Nun sei es — so ist man überzeugt — ein für allemal handgreiflich bewiesen, daß man nur mit äußerster Rücksichtslosigkeit und Härte den Russen begegnen müsse, um sie zur Kapitulation zu zwingen — auch wenn man dabei den atomaren Weltkrieg riskiere. Der amerikanischen Politik des Diktats, der Erpressung und des Ultimatums scheint tatsächlich Tür und Tor offen zu stehen.

Was weiter? Die Gefahr ist tatsächlich groß, daß die amerikanische Regierung unter dem Druck der mächtigen Scharfmacherpartei ihre jetzt so «glänzend bewährte» politische Kriegsführung fortsetzen und auf anderen Schauplätzen ähnliche «Siege» erstreben wird. Berlin dürfte die nächste Gelegenheit bieten. Was aber dann? Wird sich die Sowjetregierung immer wieder zurückziehen, weil sie nun endgültig weiß, daß sie einen Gegenspieler vor sich hat, der auch zum letzten irrsinnigen Einsatz fähig ist? Oder wird sie einmal standhalten und sich nicht auf die Knie zwingen lassen? Und werden dann Kennedy und sein Stab wirklich losschlagen und mit ihren Raketengeschossen die «Generalabrechnung mit dem Weltkommunismus» vornehmen, die diesmal «leider» versäumt worden ist? Oder werden sie *ohne* den Einsatz von Kernwaffen eine Kraftprobe suchen, die über kurz oder lang wahrscheinlich doch zum Atomkrieg führen würde?

Man redet zwar jetzt auch von einem Verbot der Kernwaffenversuche, ja von ernsthafter Abrüstung als möglichen Folgen der Kubakrise (sofern die Schleifung der Raketenrampen auf Kuba wirklich vollzogen wird). Aber beim heutigen Stand der Dinge kann man nur schwer an allgemeine Abrüstung und friedliche Koexistenz glauben. Die Vereinigten Staaten brauchen im Gegenteil nötiger als je ihre Kriegsrüstung, um *den* «Frieden» zu erzwingen, den *sie* meinen. Frieden — so glaubt man dort und im Westlager überhaupt — setze die Zerschlagung der Macht des Kommunismus voraus oder verlange zum mindesten die Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der sozialen Revolution durch gewaltmäßige, militärische Stützung der kapitalistisch-bürgerlichen Welt und das Eingreifen der amerikanischen Wehrmacht an jedem Ort, wo der «Umsturz» drohe oder gefährliche Formen annehme. Kuba ist ja das beste Beispiel für diese Betrachtungsweise. Wohl hat sich der amerikanische Präsident verpflichtet, von einem militärischen Angriff auf Kuba abzusehen. Aber der Wash-

toner Korrespondent der «NZZ» stellt ausdrücklich fest: «Kennedy hat keineswegs, wie jetzt in mißverständlicher Weise oft gesagt wird, „das Kuba Castros garantiert“. Er hat lediglich erklärt, daß er nach Entfernung der sowjetischen Raketeninstallationen aus Kuba bereit wäre zu garantieren, daß keine amerikanische Invasion gegen Kuba unternommen werde.» Das sagt alles! Der *Kalte Krieg* gegen Kuba geht tatsächlich weiter, und amerikanische Satelliten in Mittel- und Südamerika gibt es immer, die bereit sind, ihn zu führen, bis der kubanische Revolutionsherd ausgelöscht ist. Auch ein gewaltsamer Aufstand gegen die Regierung Castro, ja sogar ein militärischer Angriff auf Kuba von außen ist immer möglich, ohne daß den Vereinigten Staaten bewiesen werden könnte, sie hätten solche Unternehmungen angezettelt. Siehe den Sturz der Regierung Arbenz in Guatemala, an dem Nordamerika nur mittelbar beteiligt war. Kurz, es ist viel zu früh, um die Kubakrise als eine Wendung zum Guten in der Weltpolitik zu bezeichnen. Eher ist vorerst noch eine weitere Verschärfung der West-Ost-Spannung möglich.

De Gaulle im Abstieg

Eine Fernwirkung hat die Kubakrise bereits gehabt: sie hat Herrn de Gaulle vor einer Niederlage in der Volksabstimmung vom 28. Oktober gerettet. Die Lage war für den französischen Halbdiktator tatsächlich schwierig geworden. In seinem Streben, sich vom Parlament und von den politischen Parteien vollends ganz unabhängig zu machen und sich die Stellung eines wenn auch ungekrönten, so doch unbeschränkten Monarchen zu sichern, hatte er eine Verfassungsrevision eingeleitet, die die Wahl des Staatspräsidenten in die Hand des Volkes legen wollte, während sie bisher Sache von Wahlmännern aus dem Kreis der Gemeinde-, Bezirks- und Departementsräte war. Das war scheinbar nichts Reaktionäres, ja sogar – wie de Gaulle behauptete – ein Stück direkte Demokratie. Aber in der Hand eines de Gaulle diente die Neuerung nur zur Befestigung seiner persönlichen Herrschaft und war ein Schlag gegen die Volksvertretung und besonders gegen die aus der Vierten Republik stammenden Parteien, die der romantisch-aristokratische Schöpfer der Fünften Republik nicht verächtlich genug behandeln kann. Diese Parteien – gemeint sind Konservativ-Unabhängige, katholische Volksrepublikaner, Altradikale und Rechtssozialdemokraten – wagten zwar nicht, bei der parlamentarischen Beratung der Verfassungsrevision eindrucksvoll klarzumachen, daß ein halbwegs republikanisches Regime mit der Diktaturstellung, die der Präsident erstrebte, unvereinbar sei. Da sie ihn ja selber zur Macht zu bringen geholfen und seiner Verfassung zugestimmt hatten, so fürchteten sie wohl mit Recht, daß es allzu offenbar geworden wäre, wohin ihre Feigheit von damals führen mußte, wenn sie jetzt das wirkliche Gesicht des «Retters Frankreichs» enthüllen würden. So klammerten sie

sich vor allem an einen Fehler, den der Präsident in der Art und Weise gemacht hatte, wie er seinen Vorschlag dem Volk unterbreitete.

Artikel 11 der Verfassung erlaubt zwar, einen Gesetzesentwurf über die Organisation der Staatsgewalt vor das Volk zu bringen. Aber bisher herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Verfassung selbst auf diesem Weg nicht geändert werden dürfe. Wenn trotzdem das Volk angerufen werden wollte, so mußte das auf jeden Fall nach dem klaren Wortlaut der Verfassung die *Regierung* tun, die ihrerseits zuerst das Parlament um die Ermächtigung dazu ersuchen mußte. De Gaulle setzte sich aber nicht nur wie gewohnt über die Volksvertretung, sondern über seine eigene Regierung hinweg, die er in seiner Botschaft an das Volk mit keinem Wort erwähnte. Er erklärte nur: «*Ich habe erkannt, Ich tue dies, Ich will jenes.*» Also wieder einmal: Der Staat bin Ich . . . Das reizte und erbitterte sogar seine ehemaligen Steigbügelhalter aus den Mittelparteien. Sie versagten dem Präsidenten die weitere Gefolgschaft auf die einzige Art, die ihnen blieb: indem sie seine Regierung stürzten. Der Konflikt war da. Und das Volk hörte diesmal augenscheinlich weitherum zum erstenmal nicht auf de Gaulle, sondern auf seine Gegner.

Der Präsident befand sich zwar in einer außerordentlich günstigen abstimmungspolitischen Lage. Er verfügte über die Werkzeuge der modernen Meinungsbildung, besonders über Radio und Fernsehen, fast vollständig. Er ließ daran erinnern, daß er viermal Frankreich «gerettet» habe. Und er drohte mit seinem Rücktritt, falls er keine oder doch keine genügende Mehrheit bei der Volksabstimmung erhalte. Und doch bestand ernste Gefahr, daß die Mehrheit, die man immerhin erwartete, zu schwach würde, um die Gaulles Anspruch auf Krönung seiner Herrschaft durch den Volkswillen glaubhaft zu machen. Da kam als Gottesgeschenk die Kubakrise. Und Hunderttausende von Franzosen und Französinnen, die eher in Neinstimmung gewesen waren, stimmten nun mit Ja oder blieben zu Hause, weil sie den selbstherrlichen de Gaulle immer noch dem Chaos inmitten einer kriegsdrohenden Weltlage vorzogen. So gewann der Präsident doch noch fast 62 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Aber der Abstand zwischen den 12,8 Millionen Ja und den 7,9 Millionen Nein war doch so gering, daß eine Verschiebung um je anderthalb Millionen Stimmen hin und her ausgereicht hätte, um eine ungenügende Mehrheit zu stande zu bringen. Dabei gibt es Beobachter, die schätzen, daß Kennedy seinem Pariser Kollegen annähernd drei Millionen Stimmen zugeführt habe!

Wie dem auch sei: de Gaulles Mehrheit im Volk ist bedenklich zusammengeschrumpft. Nicht einmal die Hälfte der Stimmberechtigten hat diesmal Ja gesagt. Das ist etwas Neues. «Noch so ein Sieg, und ich bin verloren», kann auch der General an der Spitze Frankreichs ausrufen. Und wenn auch die Parlamentswahlen vom 18. und 25. November die Oppositionsparteien mindestens in bisheriger Stärke in

die Volksvertretung zurückführen sollten, dann wird die Erschütterung von de Gaulles Machtstellung vollends offenkündig. Seine Stärke ist nur die Schwächlichkeit und Zerrissenheit der Parteien der Mitte, die durch kein gemeinsames Programm für eine Erneuerung Frankreichs zusammengehalten werden. Und solange nicht eine Volksbewegung für eine solche Erneuerung aufbricht, wird sich Herr de Gaulle wohl schlecht und recht weiterhin am Ruder halten können. Die Wirtschaftsblüte, deren sich auch Frankreich erfreut, wird dann das Ihre tun, um alle revolutionären Kräfte wie bisher einzuschlafen und zu lämmen.

China gegen Indien Mittlerweile droht sich der alte *chinesisch-indische Grenzstreit* zu einem regelrechten Krieg zu entwickeln, der kaum auf die beiden zunächst beteiligten Länder beschränkt bliebe. Und diesmal kann es nicht zweifelhaft sein, wer die Kämpfe entfesselt hat. Die chinesischen Vorstöße auf den beiden Schauplätzen, im Gebiet von Ladakh (Nordwestindien) und in der Nordostecke Indiens an der MacMahon-Linie, sind so sorgfältig geplant und mit so starken Kräften geführt worden, daß von bloßen Plänkeleien zwischen vorgeschobenen Grenzposten gar nicht mehr die Rede sein kann. Und vollends klar ist, daß die Chinesen nicht nur ein paar schmale Landstreifen an einer unklar gezogenen Grenze beanspruchen, sondern ein Gebiet von zusammen etwa 117 000 Quadratkilometern, fast dreimal so groß also wie die Schweiz, während die Inder diesen Anspruch bestreiten und sich entschieden gegen die eigenmächtige Besetzung der beiden Gebietsstücke durch die chinesische Armee wehren.

Es handelt sich dabei allerdings nicht um fruchtbare, besiedeltes Kulturland, sondern um ganz unwirtliches Hochgebirgsland, das nur schwer zugänglich ist. Das gilt besonders von dem umkämpften Zipfel des Bezirkes Ladakh, so daß es fast drei Jahre ging, bis die Inder überhaupt merkten, daß die Chinesen hier eine Straße gebaut hatten, die ihre beiden Provinzen Tibet und Sinkiang miteinander verband, über einen Landstrich hinweg also, den Indien für sich beansprucht. Die Grenzführung ist dort im einzelnen unklar; aber die Landkarten, die mir zur Verfügung stehen, kennzeichnen das jetzt ganz von den Chinesen besetzte Gebiet tatsächlich als zu Indien gehörig, außer dem Zipfel von Demtschok, der von den Chinesen erst vor wenigen Tagen erobert wurde, aber zum Beispiel auf einer neueren deutschen Karte (in Westermanns Monatsheft-Atlas) als chinesisch gekennzeichnet ist. Der Grund für den ganzen Vorstoß der Chinesen in diesem Abschnitt liegt zweifellos in ihrem Bedürfnis, den weitaus kürzesten und besten Verbindungsweg zwischen Tibet und Sinkiang in ihre Hand zu bekommen und damit überhaupt eine brauchbare Verbindung zwischen Tibet und dem übrigen China zu gewinnen. In Osttibet und den angrenzenden Provinzen gibt es noch keine solche Straße oder gar Eisen-

bahn, und ihr Bau wäre auf jeden Fall mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden, so daß bisher der ganze Nachschub von Truppen, Material und Lebensmitteln aus dem übrigen China nach Tibet über das als indisch geltende Landstück von Aksai-Chin im Gebiet von Ladakh geht. Die Chinesen haben übrigens hier zwei Grenzlinien gezogen: eine im Jahr 1956 und die andere 1960, mit etwas größeren Ansprüchen auf indisches Gebiet, als die erste Karte stellte.

Was den Schauplatz der Kämpfe in der Nordostecke Indiens betrifft (2200 Kilometer vom Ladakh-Abschnitt entfernt), so ist der auf den früheren Landkarten – zum Beispiel in einem Schulatlas von 1897 – als chinesischer Besitz gekennzeichnet. Begreiflich, denn die vielfach genannte MacMahon-Linie, die dieses Gebiet als zu Indien gehörig markiert, ist ja erst nach der von England einberufenen Konferenz von Simla (1913/14) gezogen worden, zu einer Zeit also, da das alte kaiserliche China im Zerfall begriffen war und sich die europäischen Großmächte ebenso wie Japan ein Stück Landes ums andere aus dem chinesischen Riesenleib herausschnitten. Die Chinesen haben die neue Grenzziehung nie anerkannt und erklären überdies, die ursprüngliche MacMahon-Linie sei nach einer Karte von 1914 erheblich weiter südlich verlaufen als die Grenze, wie sie auf einer indischen Karte von 1959 eingezzeichnet sei, habe also China ein größeres Stück Land zugesprochen als die spätere Grenzziehung. Warum die Chinesen, abgesehen von ihrem geschichtlichen Rechtsanspruch, so entschieden auf der Rückgabe des Gebietes bestehen, ist nicht recht klar; vielleicht wollen sie einfach hier die Pässe über den Himalaja in ihren Besitz bringen. Anderseits machen die Inder natürlich geltend, daß sie ihr Land bei der Gewinnung der Unabhängigkeit eben mit den Grenzen übernommen hätten, die die Engländer gezogen hätten, und daß sich die Chinesen *damals* (1947) hätten melden müssen. Allein die Chinesische Volksrepublik trat ja erst 1949 ins Leben, und die Versuche, eine friedliche Verständigung zwischen beiden Ländern herbeizuführen, sind gescheitert. Eine Anrufung der Vereinten Nationen oder des Internationalen Gerichtshofes im Haag kam aber auch nicht in Frage, da ja China – auch nach dem jüngsten Mehrheitsbeschuß der Generalversammlung vom 30. Oktober – aus der UNO ausgeschlossen bleibt. Einen wesentlichen Teil der Schuld am chinesisch-indischen Grenzkrieg tragen also diejenigen Mächte, die der Chinesischen Volksrepublik hartnäckig die Aufnahme in die UNO verweigern, vor allem die Vereinigten Staaten.

So wie jetzt die Lage ist, besteht freilich wenig Aussicht, daß China wieder herausgibt, was es besetzt hat. Jetzt kommt der Winter, und bis zur Schneeschmelze müssen militärische Unternehmungen in beiden Kampfabschnitten fast vollständig ruhen. Das haben die Chinesen wahrscheinlich mit vollem Bedacht so eingerichtet; man sagt sogar, sie hätten Nehru absichtlich zu seiner Erklärung herausgefordert, die indische Armee werde jetzt den Boden des Vaterlandes von den Ein-

dringlingen völlig säubern, worauf dann die Chinesen schleunigst ihre Truppen zusammengezogen und den Angriff eröffnet hätten. Daß die Lage aber endgültig so bleiben werde, wie sie im Augenblick ist, ist höchst unwahrscheinlich. In Indien ist bereits der Notstand verkündet worden, und die Regierung hat Waffenhilfe von Amerika und Frankreich verlangt, die beide Staaten grundsätzlich auch schon zugesagt haben, so wie sich Herr Adenauer *ungefragt* beeilt hat, Indien alle mögliche Unterstützung zu versprechen, die es brauche. Eine Ausweitung des Konfliktes ist somit alles andere als ausgeschlossen, zumal man in Amerika gewiß Lust verspürt, auch China durch Druck und Drohung «in seine Schranken zu weisen». Und das Gute ist nur, daß sich die Sowjetregierung bisher nicht einfach auf die Seite Chinas geschlagen hat, sondern bemüht ist, ihre freundlichen Beziehungen zu Indien aufrechtzuerhalten.

5. November

Hugo Kramer

Redaktionelle Notiz

In unserem Oktoberheft hatten wir vermerkt, daß eine Würdigung des Lebenswerkes von Margarete Susman im Novemberheft erscheinen werde. Das Manuskript war uns in der Tat für spätestens 25. Oktober zugesagt worden. Der Verfasser sah sich aber leider in die Unmöglichkeit versetzt, es uns noch rechtzeitig zu liefern; ja, wir sind bis zum heutigen Tag noch nicht in dessen Besitz gelangt. Wir hoffen aber, den Aufsatz wenigstens im Dezemberheft veröffentlichen zu können, und bitten unsere Leser für die unliebsame Verzögerung um Entschuldigung und Nachsicht.

13. November.